Mutter deutsch, Vater US-Soldat: Für solche Kinder ist Kindergartenbesuch problematisch – Städtischer Familienreferent:

„Das kann niemand als gerecht empfinden“

Weil Stadt nicht zahlt, zahlt auch Staat nicht mehr – Grund: US-Truppenstatut – Armee zu Kostenbeteiligung nicht bereit

ANSBACH (fri) – Wo ist Integration in der deutschen Gesellschaft nötig, wo nicht? Der Staat habe dazu, sagt die Stadtverwaltung Ansbach, offenbar unterschiedliche Auffassungen. Das zeige sich an Kindern von Angehörigen der US-Armee, die mit Deutschen verheiratet sind. Für diese im Stadtgebiet lebenden Kinder gilt es, auch wenn sie die deutsche Staatsangehörigkeiten besitzen, im Gegensatz zu Kindern von Ausländern keine staatlichen Zuschüsse zu den Kindergartengebühren, falls nicht auch die Stadt bereit ist, freiwillige Zuschüsse – jeweils etwa 1600 Euro im Jahr – zu zahlen. Das ist sie nicht, weil auch die Armee einer Kostenbeteiligung verweigert. Die Stadt wird deshalb demnächst vor dem Verwaltungsgericht mit einer Klage konfrontiert.

Entspanntes Spielen im Kindergarten – hier die Hennenbacher Einrichtung „Lummerland“ – wird künftig für Kinder aus Verbindungen von Deutschen mit Angehörigen der US-Armee problematisch. Weil die Stadt nicht mehr zahlen will, zahlt auch der Staat den Kindergartenträgern keine Zuschüsse mehr. Nur im Kreis ist das anders: Da zahlen viele Gemeinden freiwillig. Foto: Albright

Der Hintergrund für den Streit ist juristischer Natur und zunächst kompliziert. Verein/ofen dargestellt ist dafür zum einen das Bayerische Kindergartengesetz und zum anderen das Nato-Truppenstatut verantwortlich. Letzteres definiert Kinder aus Verbindungen von Angehörigen der US-Armee, gleich ob Mann oder Frau, als zum US-Gefolge gehörig.

Folgen hatte das erst, als im Jahr 2006 das neue bayerische Gesetz in Kraft trat. Von nun an wurden Staatszuschüsse an Kindergärten nicht mehr pauschal für jede vorhandene Gruppe, sondern für jeden Kindergartenplatz bezahlt und diese Plätze genauer unter die Lupe genommen. Danach habe es, so heißt es in der Stadtverwaltung, zwar noch Zuschüsse für alle nichtdeutschen Kinder hier lebender Personen gegeben, aber eben kein Geld mehr für „US-Gefolge“ – es sei denn, die Stadt hätte ihrerseits freiwillige Zuschüsse für diese Kindergartenplätze geleistet.

Deutsche Bürger ohne Anspruch an Sozialsystem

„Logisch ist das nicht“, ärgert sich der städtische Referent für Familienangelegenheiten, Holger Nießlein. Denn die Kinder seien deutsche Staatsbürger, entweder Mutter oder Vater würden hier arbeiten, Steuern zahlen und deswegen auch Ansprüche aufs deutsche Sozialsystem haben.

Das kann niemand als gerecht empfinden“, sagt Nießlein.

Das sei auch der Grund gewesen sein, warum die Stadt Ansbach zunächst noch ihre freiwilligen Zuschüsse weiterzahle. Im Schnitt sind das bei fünf Betreuungsstunden pro Tag 1600 Euro. Bei einem höheren Betreuungsbedarf kann das aber bis zu 2000 Euro im Jahr gehen“, sagt Nießlein. Ziel sei deshalb gewesen, in Verhandlungen mit der US-Armee eine Kostenübernahme für die ausgefallene Förderung zu erreichen.

Diese Hoffnung hat sich inzwischen zerschlagen. „Alle Verhandlungen blieben erfolglos“, berichtet der städtische Finanzreferent Hans Schwarzbeck. Selbst als die Stadt angeboten habe, von den ungedeckten Kosten noch einmal die Hälfte zu übernehmen und so mit der Armee zu einer Kostenbeteiligung zu kommen, sei dies abgelehnt worden. Selbst direkte Schreiben an Standortkommandeur Christopher Hickey seien unbeantwortet geblieben, ärgert sich Schwarzbeck.

„Wir können gar nicht anders“, sagt dagegen US-Pressesprecherin Cornelia Summers. Das Nato-Truppenstatut sei einerseits bindend, zum anderen das Budget des Standorts so eng bemessen, dass für derartige freiwillige Leistungen kein Platz mehr sei. Mit einer Ausnahme: „Zahlen könnten und würden wir dann, wenn in unserem eigenen Kindergarten für die Kinder kein Platz mehr frei wäre.“ Das ist aber offenbar nicht zu erwarten. Die amerikanischen Einrichtungen sind groß, 200 Plätze, davon 130 Plätze allein in Katterbach, stehen für Babys ab sechs Wochen bis zum Vorschul-Kind zur Verfügung, sagt Cornelia Summers.

Trotz dieses umfassenden Angebots: Es gebe eine klare Tendenz bei deutsch-amerikanischen Elternpaaren, die Kinder lieber in deutsche Kindergärten zu schicken, sagt Holger Nießlein. Das sehe man auch an der Zahl der derzeit noch in Ansbacher Kindergärten untergebrachten Kinder aus solchen Verbindungen. Es sind immer noch acht Kinder, für welche die Stadt – und deshalb auch der Staat – nach wie vor freiwillige Beiträge leisten.

Allerdings nicht mehr allzu lange. Denn angesichts der fehlenden Bereitschaft der US-Armee, in die Bresche zu springen und der sich auf Grund der Wirtschaftskrise aufgetanen Haushaltslöcher, gibt es seit 2008 keine freiwilligen Zuschüsse der Stadt mehr für Kinder aus deutsch-amerikanischen Verbindungen, die neu aufgenommen werden sollen. „Nur noch für die derzeit in den Kindergartengruppen integrierten Kinder wird vorläufig noch weiterbezahlt“, erklärt Holger Nießlein.

Kritisiert hat die derzeitige Praxis inzwischen die Offene Liste. In einer Pressemitteilung greift diese Partei zum einen die „Verweigerungshaltung“ der US-Armee an und fordert zum anderen eine Revision des Nato-Truppenstatuts in Bezug auf das „US-Gefolge“. Kinder, die in Ansbach leben, sollen auch die Möglichkeit haben, hier Kindergärten und Schulen zu besuchen, heißt es.

Gemeinden im Landkreis zahlen freiwillig Zuschuss

In Gemeinden des Landkreises ist dies offenbar überwiegend der Fall. Entsprechend gedäubert hat sich jetzt die Pressesprecherin des Landratsamtes Ansbach, Carolin Emmert. Ihren Worten zufolge zahlen die meisten Kommunen freiwillig in solchen Fällen ihren Zuschussanteil, um damit auch den staatlichen Zuschuss zu erlangen. Ob das einklagbar ist, das wird demnächst das Verwaltungsgericht Ansbach entscheiden. Dort wird über die Klage einer deutschen Mutter gegen die Stadt verhandelt, die ebenfalls ihr von einem amerikanischen Vater stammendes Kind in einen städtischen Kindergarten schicken möchte.

Sie lesen heute

Lokales
Umbaupläne gedeihen
Im Fischerhäuschen Teil der Schule zum Rathaus werden

Landkreis
Beamte auf dem Drahtesel
Die Kreisbehörde verfügt derzeit über fünf Diensträder

Westmittelfranken
Schleichender Trend zu Morden
Zuerst gerringere Pflegesätze
Ausstellung zu „Euthanasie“ eröffnet

Sport
Mit Derbysieg an die Spitze
Handballerinnen des TSV Lichtenau „auf eins“ in der Bezirksoberliga

Der Kommentar

Integration?

Braucht ein Kind eines amerikanischen Vaters von einer deutschen Mutter weniger Integration als Kinder von deutschen Eltern oder Armenien stammenden Ehepaaren? Frage wird kaum jemand mit Ja beantworten. Und die Realität allerdings tut es.

Schuldige dafür auszumachen ist müßig, den Schwarzen Peter teilen sich Staat, Stadt und US-Armee zu offensichtlich gleichen Teilen – eine Erkenntnis, die aber niemanden weiterbringt.

Das wird auch dem Gericht kaum gelingen. Bis zum rechtskräftigen Urteil ist das betroffene Kind sicherlich in der Schule. Wer es ernst meint mit Integration, muss wohl zähneknirschend weiterzahlen. Karl Friedrich

Bedarf für neue Sozialarbeiter-Stellen: Stadt widerspricht Grünen-Stadträtin Christina Schellein

„Die Behauptung ist schlichtweg falsch“

Personalkapazität wurde tatsächlich bereits erhöht – Befristete Stelle wird „selbstredend“ nachbesetzt

ANSBACH (mik) – Mit deutlichen Worten widerspricht die Stadt der Grünen-Stadträtin Christina Schellein, die behauptet hatte, dass mit der Schaffung einer zusätzlichen Planstelle im Jugendsozialarbeit de facto keine Aufstockung der Arbeitskapazität erfolgt sei. Diese Äußerung sei „schlichtweg falsch“, stellte nun der Leiter des Personalamtes, Stefan Steinhäuser, klar.

In der Bezirkssozialarbeit seien derzeit vier Arbeitskräfte mit einem Arbeitsumfang von 3,5 Vollzeitstellen eingesetzt, rechnet er vor. Dabei handele es sich um zwei Vollzeit- und zwei Teilzeitkräfte, deren Wochenarbeitszeit auf einen Wunsch auf jeweils drei Viertel reduziert wurde. Somit ergebe sich eine aktuelle Personalkapazität von rund 610 Stunden pro Monat. „Durch die im Personalausschuss beschlossene zusätzliche Stelle erhöht sich die Personalkapazität in der Bezirkssozialarbeit im kommenden Jahr auf real 4,5 Vollstellen, was circa 780 Stunden pro Monat entsprechen wird“, erklärte Steinhäuser.

Sollte diese zusätzliche Stelle mit einer bislang befristet beschäftigten Kraft besetzt werden, hätte dies „selbstredend“ eine Nachbesetzung der befristeten Stelle zur Konsequenz, versicherte er. Somit erfolge also eine tatsächliche Ausweitung der Kapazität. Der angebliche Personalbedarf zwischen 1000 und 1200 Stunden pro Monat sei leider irreführend, führte der Personalamtsleiter weiter aus. Die genannten Werte stellten nach Angaben des zuständigen Referates „atypische Arbeitsspitzen“ dar und seien somit nicht repräsentativ.

Eine vom Allgemeinen Sozialdienst erstellte Langzeitbetrachtung ergebe dagegen einen jährlichen Durchschnittsbedarf von knapp 6000 Jahres-Stunden. Steinhäuser„„Dieser Bedarf wird durch die künftig 4,5 Vollstellen mehr als abgedeckt.“

Die Frage, inwieweit durch die Anhebung von Standards ein darüber hinausgehender, zusätzlicher Personalbedarf notwendig sein könnte, müsse 2011 überprüft werden. „So sich ein weiterer Bedarf ergeben sollte, werden wir diesem im nächsten Jahr zunächst mit einer außerplanmäßigen Personalaufstockung begegnen, die dann im Jahr 2012 auch Eingang in den Stellenplan finden kann.“ Die Leitung des Sozialdienstes halte eine weitere Halbtagskraft für ausreichend. Stichwort „Hektantasten an den tatsächlichen Bedarf“.

Den Vorwurf, das Personal der Bezirkssozialarbeit müsste seine äußerst verantwortungsvolle Tätigkeit unter „entsetzlichen Umständen“ erledigen, weise man auf das Schärfste zurück, so Steinhäuser. Die Arbeitsexkursionen der Beschäftigten enthielten bisher keine Anhaltspunkte, die eine derartige Einschätzung rechtfertigen würden.

Außerdem stelle die Stadt klar, dass im unmittelbaren Arbeitsumfeld der Verbürgermeistern „keinerlei zusätzliche Stellen geschaffen wurden“. Bei in der jüngeren Vergangenheit erfolgten Neueinstellungen habe es sich ausschließlich um Nachbesetzungen bereits vorhandener Planstellen gehandelt. Dies gelte sowohl für die Position der Stabsstellenleitung als auch für Stellen im Sekretariatsbereich der Oberbürgermeisterin.

Vertreter der US-Zivilangestellten melden sich zu Wort

„Ein Truppenabzug würde viele Menschen treffen“

Gewerkschaft sieht Armee als regionalen Wirtschaftsfaktor

ANSBACH (mik) – In der Debatte um die Bebauung des Urlas-Geländes und die US-Armee meldet sich jetzt die Gewerkschaft verdi zu Wort. Sprecher der Zivilangestellten der US-Armee erinnern an deren wirtschaftliche Rolle als Arbeitgeber und Investor für die Region.

Es sei schon befremdend, wie „ein paar Wenige“ Stimmung gegen die Präsenz der amerikanischen Streitkräfte im Raum Ansbach machten, heißt es in einer Pressemitteilung, die von Helmut Pemsel, dem Sprecher der verdi-Betriebsgruppe Ansbach und Umbesheim, der Gewerkschaftssekretärin Petra Fischer sowie Suzie Pabler, Vorsitzende der Betriebsvertretung, unterzeichnet ist. Denn dass die Armee immerhin mehr als 4000 zivile Arbeitnehmer aus der Region beschäftige, hinter denen größtenteils Familien mit Kindern stünden, interessiere die Kritiker aus den Reihen der Bürgerinitiative „Etz langt's“ wohl nicht, schreiben sie.

Viele Menschen und Firmen aus der Umgebung wären von einem Abzug der Truppen in Ansbach betroffen, weil Ausbau- und Modernisierungsäpfel von Immobilien nicht mehr verwirklicht werden könnten. Verlust von Kaufkraft und Arbeitsplätzen wären die Folge, sind sich die Gewerkschafter sicher.

Mit Nachdruck vertreten die Sprecher der gewerkschaftlich organisierten US-Angestellten die Meinung, dass durch die Amerikaner – nicht zuletzt aufgrund der Urlas-Bebauung – sehr wohl zusätzliche Arbeitsplätze entstanden sind. Außerdem vergesse man leicht, dass Soldaten und deren Familien weiterhin die Infrastruktur der Umgebung beanspruchen würden, ob durch Taxinutzung, den Besuch örtlicher Lokale oder Einkäufe in der Ansbacher Innenstadt. Auch Handwerker, Energieversorger und die Gemeinden verzeichneten „gute Einnahmen“, heißt es weiter. Zudem wohnten viele der in Ansbach stationierten Soldaten außerhalb ihrer Kasernen.

Auch zum oft kritisierten Neubau eines Hotels und eines Einkaufszentrums innerhalb der Urlas-Siedlung nehmen die Gewerkschafter Stellung. Das Hotel erstelze eine den modernen Standards nicht mehr entsprechende Einrichtung. Und weil das neue Haus weniger Zimmer habe, nutzten die Amerikaner vielfach die ungenügenden Übergsbetriebe. Das immer wieder als „gigantisch“ bezeichnete großzügige Einkaufszentrum ersetze ebenfalls eine in einer umgebauten Flugzeughalle untergebrachte Geschäftsanlage. Dabei sei das neue Zentrum kleiner als „viele Discounter“ in der Umgebung: „Wo ist da der Gigantismus?“

Nur am Urlas werde protestiert, dabei entstünden „jede Menge“ Neubauvorhaben in den umliegenden Gemeinden. Hinter der „rigorosen Ablehnung“ der US-Vorhaben seitens der Kritiker vermuten die Gewerkschafter deshalb einen reinen Protest gegen die US-Streitkräfte. Hier werde der Natur-schutz als Argument schlichtweg „missbraucht, urteilen die Beschäftigten-Vertreter. Denn wo bliebe der Naturschutz, wenn das Gelände wie von der Bürgerinitiative vorgeschlagen, mit einem Vergnügungspark oder Windrädern bebaut würde? Und wo bliebem am Ende die rund 500 „local nationals“ – die örtlichen Zivilbeschäftigten – mit ihren Familien, fragen sich die Gewerkschafter besorgt.

Auch als Arbeitgeber und Investor geschätzt: Vertreter der Zivilangestellten der US-Armee treten der anhaltenden Kritik an der amerikanischen Truppenpräsenz entgegen. Foto: Albright